

## Vorstandsvorlage

# Der Gemeinschaft nicht den Rücken kehren

Von Thomas Lemke

### Autoren dieser Kolumne

Thomas Lemke  
Sana Kliniken

Kai Hankeln  
Asklepios Kliniken

Dr. Susann Breßlein  
Klinikum Saarbrücken

Stephan Holzinger  
Rhön-Klinikum AG

Dr. Markus Horneber  
Agaplesion

Dr. Axel Paeger  
Ameos

Dr. Iris Hauth  
Alexianer St. Joseph  
Berlin-Weißensee

Geht es um schleichende Veränderungen, die massive Auswirkungen haben können, ist die Geschichte des Frosches nicht fern, der im Topf irgendwann verbrüht, weil er nicht bemerkt, wie die Temperatur des Wassers stetig steigt. So geht es den deutschen Krankenhäusern auch, lediglich mit dem Unterschied, dass wir um die Gefahr wissen. Aus dem Topf hüpfen können wir trotzdem nicht. Im Gegenteil: Immer wieder in den vergangenen Jahren wurde der Druck auf die Krankenhäuser erhöht. Hier ein neues Gesetz, dort eine verschärfte Verordnung, ich muss sie nicht einzeln aufzählen. Die Ränder des Topfes sind inzwischen höher als je zuvor – und die Politik möchte offenbar abwarten, wer am Ende übrig bleibt.

Damit wird aber die Gefährdung der Patientenversorgung billigend in Kauf genommen. Der angestoßene kalte Strukturwandel trägt nicht dazu bei, dass die Krankenhäuser erhalten bleiben, derer es eigentlich bedürfte, um das Niveau der medizinischen Versorgung aufrecht zu erhalten. Es werden nicht jene kreativen, disruptiven Prozesse entstehen, die notwendig wären, damit das System durch ein moderneres ersetzt wird. Es wird vielmehr darum gehen, am Ende noch den Kopf über Wasser zu halten, wenn sich die Politik irgendwann entscheidet, dass der Topf nun heiß genug geworden ist. Die Politik lässt Stadt und Land und strukturstarke beziehungsweise -schwache Regionen gegeneinander anrennen und setzt darauf, dass sich das Ganze am Ende schon irgendwie zum Wohle aller nivellieren wird.

Daran kann niemand Interesse haben. Gerade weil die Krankenhäuser in Deutschland eine Verantwortung für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung tragen und weil sie ein wichtiger Arbeitgeber sind, darf es nicht das Ziel sein, auf das Ergebnis eines ungeordneten Prozesses zu warten. Zur Verantwortung gehört auch, dass man die unbequemen Wahrheiten anspricht und nach Lösungen sucht. Den Krankenhäusern verlangt man diese Verantwortung seit Jahren ab. Wir müssen uns selbstkritisch und stets reumütig damit beschäftigen, wo wir überall nicht gut genug sind. Wir müssen uns von „Experten“ vorrechnen lassen, wo man – ohne auf die Qualität zu verzichten – Kosten sparen könnte. Aber wehe, wir weisen umgekehrt auf die hohen Ausgaben und die fehlenden Mittel hin, die eine Versorgung zunehmend schwierig machen.

Nun muss sich auch die Politik endlich diesen Wahrheiten stellen. Aber wer einmal versucht hat, mit einem Landrat oder einem Bürgermeister nur über die Verringerung des Leistungsangebotes an einem Standort zu sprechen, weiß: Am Ende wird dann doch wieder das Krankenhaus verantwortlich gemacht. Wer eine Gemeinschaftsaufgabe ausruft, darf der Gemeinschaft danach nicht den Rücken kehren.

Bürokratische Kontrollwut, starre Personalvorgaben, Sanktionen durch den MDK und fehlende Investitionen der Länder – viele Klagen der Krankenhäuser liegen schon lange auf dem Tisch. Die Politik muss jetzt der Öffentlichkeit sagen, was sie will. Sie muss mit allen Akteuren darüber diskutieren, wohin die Reise gehen soll. Und danach muss sie aufstehen, durch die Lande ziehen und verkünden, was erarbeitet wurde. Denn auch das gehört zu Verantwortung: Damit umgehen, dass man am Ende vielleicht nicht alle glücklich machen kann, trotzdem alle davon profitieren.



Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Sana Kliniken AG.